

Weißbuch für Gesundheit

Strategischer Ansatz für gesundheitspolitische Maßnahmen der EU

Die EU-Kommission hat am 23.10.2007 eine gesundheitspolitische Strategie¹ angenommen, die für die Gemeinschaftsmaßnahmen der kommenden Jahre im Gesundheitsbereich richtungweisend sein wird. Das Weißbuch „Gemeinsam für die Gesundheit – ein strategischer Ansatz der EU für 2008-2013“ legt einen weit gefassten sektorübergreifenden Rahmen fest, innerhalb dessen die Kommission konkrete Maßnahmen ergreifen möchte.

Die Gesundheitsversorgung in der EU steht in den kommenden Jahren vor etlichen Herausforderungen. So sind trotz des demografischen Wandels leistungsfähige, bedarfsgerechte Gesundheitssysteme sicherzustellen. Die Erweiterung der Union um zehn neue Mitgliedstaaten hat außerdem die Unterschiede in der Gesundheitsversorgung deutlich zu Tage treten lassen. Hinzu kommen eine rasche technologische Entwicklung, die den Gesundheitssektor nachhaltig verändert sowie Gesundheitsgefahren etwa durch Pandemien oder Bioterrorismus.

Die EU-Kommission sieht daher den Zeitpunkt für eine umfassende EU-Gesundheitsstrategie gekommen. Mit ihrem Weißbuch vom 23.10.2007 zeichnet sie den Rahmen, innerhalb dessen sie in den nächsten Jahren Maßnahmen treffen möchte. Dabei will die Kommission die Mitgliedstaaten in folgenden Bereichen unterstützen:

1. Förderung der Gesundheit in einem alternden Europa

Aufgrund der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung wird es in der Zukunft zu einer steigenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen kommen. Dadurch werden sich die Ausgaben im Gesundheitswesen in den Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2050 voraussichtlich um 1-2% des BIP erhöhen.

Nach Ansicht der Kommission ließe sich der Anstieg der Gesundheitsausgaben halbieren, wenn die Menschen bei höherer Lebenserwartung länger gesund blieben. Die Kommission sieht daher eine verstärkte Notwendigkeit für Gemeinschaftsmaßnahmen im Bereich „Prävention“ (Maßnahmen zu Tabak, Ernährung, Alkohol, psychischer Gesundheit, etc.) sowie gezielter Gesundheitsförderung bei älteren Menschen, Beschäftigten sowie Kindern und Jugendlichen. Die Kommission möchte außerdem neue Leitlinien für Krebsvorsorgeuntersuchungen und Maßnahmen im Bereich seltener Krankheiten entwickeln.

2. Schutz der Bürger vor Gesundheitsgefahren

Vor dem Hintergrund der Bedrohung durch Pandemien und Bioterrorismus möchte die Kommission ihre Maßnahmen zum Gesundheitsschutz weiter ausbauen. Zusätzlicher Aktionsschwerpunkt ist das Thema Patientensicherheit. So tragen z.B. in vielen Mitgliedstaaten Patienten im Rahmen eines Krankenhausaufenthalts unerwünschte Wirkungen ihrer gesundheitlichen Versorgung davon. Die Kommission möchte daher die EU-weite Zusammenarbeit bei der Überwachung und Reaktion auf Gesundheitsgefahren verstärken.

3. Förderung neuer Technologien

Neue Technologien haben in den letzten Jahren zu einer enormen Weiterentwicklung im Gesundheitssektor geführt. Dazu gehören Innovationen in den Bereichen IKT, Gentechnik oder Bio- und Nanotechnologie, die die Prävention und Therapie von Krankheiten zum Teil revolutionieren. Die Kommission möchte die Mitgliedstaaten im Umgang mit diesen neuen Technologien unterstützen. Ein konkreter Ansatzpunkt wird die in Kürze erwartete Gesundheitsdienstleistungsrichtlinie sein, mit der die Kommission gemeinsame Prinzipien für die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten festlegen will. Weiterer Schwerpunkt ist die Förderung der Interoperabilität von gesundheitstelematischen Lösungen zwischen den Gesundheitssystemen der Mitgliedstaaten.

¹ http://ec.europa.eu/health/ph_overview/Documents/strategy_wp_de.pdf

In ihrer Strategie zeigt die Kommission außerdem Prinzipien auf, an denen sich ihre Maßnahmen ausrichten werden. So soll ein werteorientierter Ansatz verfolgt werden, der die aktive Rolle des Patienten in den Mittelpunkt stellt. Dabei geht es um eine stärkere Beteiligung an der Entscheidungsfindung sowie die Vermittlung von Informationen, um gesund leben zu können („Gesundheitskompetenz“). Schließlich sollen Ungleichheiten in der Gesundheit der Bürger zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten verringert und Gesundheitsfragen in allen Bereiche der Gemeinschaftspolitik mit einbezogen werden.

Zur Durchführung der Strategie plant die Kommission einen neuen Mechanismus gezielter Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, der auch Möglichkeiten für regionale und lokale Mitwirkung bietet. Die vorgelegte Strategie wird bis 2013 gelten und soll danach überarbeitet werden.

KU Gesundheitsmanagement, 12/2007

Sandra Barghoorn, BFS Europa-Service, Büro Brüssel.